

## **Trotz Aufwärtstrend Massenarbeitslosigkeit - Deutsche Wirtschaft 1985/86**

---

Günter Pehl, geb. 1923, Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, ist seit mehr als 25 Jahren wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Wie hältst du es mit den Arbeitslosen? Dies ist die Gretchenfrage, die sich jeder stellen sollte, der die Lage der bundesrepublikanischen Wirtschaft zum Jahreswechsel 1985/86 beurteilen will. An dieser Frage scheiden sich die Geister. Freilich werden wohl fast alle, die sich öffentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung äußern, behaupten, die Bekämpfung der dauerhaften Massenarbeitslosigkeit sei für sie die politische Hauptaufgabe. Indessen ist es dann eigentlich erstaunlich, wie strahlend manche Bilder sind, die zur Zeit von nicht wenigen Politikern und Journalisten, Verbänden und Instituten von der Wirtschaftslage gezeichnet werden. Demgemäß erhält die Bundesregierung Lob für ihre Wirtschaftspolitik, und sie wird ermuntert, ihren Kurs beizubehalten. Bundeskanzler Kohl wandelt solch ein Lob in Selbstlob um und bezeichnet im Bundestag (am 16.10.1985) die jüngste und die für 1986 vorausgesagte Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik als „ein großartiges Ergebnis unserer (der Bundesregierung) Arbeit“.

Nun erscheinen tatsächlich auf den ersten Blick einige wichtige volkswirtschaftliche Daten in einem hellen Licht: Das Wirtschaftswachstum steigt; es beträgt in der zweiten Hälfte dieses Jahres rund 2,7 Prozent und wird 1986 nach den ersten Vorausschätzungen noch etwas auf rund 3 Prozent zunehmen; für sich genommen sind dies zufriedenstellende Zuwachsraten. Die Verbraucherpreise sind in diesem Jahr nur noch um 2,2 Prozent höher; 1986 wird mit einem weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate auf 2 Prozent oder sogar etwas darunter gerechnet - dies bedeutet bei realistischer Betrachtung Preisstabilität. In den außenwirtschaftlichen Beziehungen erreicht die Bundesrepublik hohe Überschüsse, im Außenhandel 1985 in Höhe von rund 75 Mrd. DM, in der Leistungsbilanz in Höhe von etwa 35 Mrd. DM; dies sind Rekordergebnisse. Sogar die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat leicht zugenommen, im zweiten Vierteljahr 1985 war sie um 155000 höher als ein Jahr zuvor.

Wer es jedoch nicht beim ersten Blick beläßt, sondern sich diese Daten näher ansieht, kann entdecken, daß die Medaillen „Preisstabilität“ und „außenwirtschaftliche Überschüsse“ in der aktuellen Situation negative Kehrseiten haben und daß sowohl Wirtschaftswachstum als auch die leichte Beschäftigungszunahme überhaupt nicht ausreichen, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen - sie war vielmehr das ganze Jahr 1985 so hoch wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Wenn so manches Bild, das zur Zeit von der Wirtschaftslage gemalt wird, so hell erscheint, dann nur deshalb, weil der Zeichner die Massenarbeitslosigkeit an den Rand gedrängt hat. Die Massenarbeitslosigkeit ist aber keine Randerscheinung; sie gehört in das Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens, wenn man ihre Bekämpfung als politische Hauptaufgabe ernst nimmt.

#### Massenarbeitslosigkeit wird verdrängt

Es ist schon erschreckend zu beobachten, mit welcher Intensität führende Politiker der Bonner Koalition, namhafte Ökonomen und Journalisten die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, die damit verbundene Armut und Aussichtslosigkeit von Millionen verdrängen. Man kann in diesen Wochen ausführliche Beschreibungen der Wirtschaftslage lesen, in denen die Massenarbeitslosigkeit überhaupt nicht erwähnt wird. Aufklärungsaktionen wie die Aktionswoche des DGB im Oktober stören natürlich die Bemühungen dieser Kreise, dem Volk einzureden, zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gebe es keine bessere Alternative.

Welches Bild bietet die Wirtschaftsentwicklung in diesen Wochen indessen demjenigen, der sich nicht mit der Massenarbeitslosigkeit abfinden will, für den sie vielmehr in der Mitte aller wirtschaftspolitischen Überlegungen steht?

#### Aufschwung ohne rechten „Schwung“

In der Bundesrepublik setzte sich 1985, ebenso wie in den anderen Industrieländern der westlichen Welt, die konjunkturelle Aufwärtstendenz fort. Mit dem Jahreswechsel geht die Wirtschaft der Bundesrepublik vom dritten in das vierte „Aufschwung“-Jahr seit dem Tiefpunkt der schwersten weltwirtschaftlichen Krise der Nachkriegszeit (1982). Das Wort „Aufschwung“ ist allerdings mit Anführungszeichen versehen, weil es ihm an „Schwung“, zumal bei einem Vergleich mit den Aufschwungsphasen früherer Konjunkturzyklen, fehlt. Jedenfalls hat der „Aufschwung“ bisher nicht ausgereicht, um die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen; sie stieg vielmehr noch beträchtlich an.

Ein extrem harter Winter war die hauptsächliche Ursache für eine Stagnation im ersten Jahresviertel; das Bruttosozialprodukt war real nicht größer als ein Jahr zuvor. Im weiteren Jahresverlauf war dagegen - ein sich beschleunigendes - Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts betrug im zweiten Halbjahr 2,7 Prozent.

### Sozialprodukt steigt 1985 um real 2,25 Prozent

Insgesamt dürfte 1985 das reale (von Preissteigerungen bereinigte) Bruttosozialprodukt um rund 2,25 Prozent höher sein als 1984 - so jedenfalls die Annahme der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute, die halbjährlich ein gemeinsames Gutachten zur Wirtschaftslage erstellen, diesmal in ihrem Herbstgutachten 1985.<sup>1</sup> Im vorigen Jahr 1984 hatte die Wachstumsrate 2,6 Prozent betragen. Stellt man den Rückschlag im ersten Quartal wegen des harten Winters in Rechnung, dann ergibt sich, daß das wirtschaftliche Wachstum 1985 nicht geringer, aber auch nicht größer als 1984 gewesen ist. Auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) ist in den beiden Jahren 1984 und 1985 mit einer Zuwachsrate von jeweils 2,5 Prozent gleich stark gestiegen. Daß 1985 trotzdem bei einem realen Sozialproduktzuwachs von nur 2,25 Prozent die Zahl der Erwerbstätigen um ein halbes Prozent höher ist als 1984, ist in erster Linie auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zurückzuführen; die Institute schätzen sie auf ein halbes Prozent.

Vom zweiten Vierteljahr 1984 bis zum zweiten Vierteljahr 1985 ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 155000 auf 22,13 Millionen gestiegen; neuere Zahlen lagen bei Abfassung dieses Berichtes noch nicht vor.<sup>2</sup> Für das ganze Jahr 1985 wird wohl eine annähernd gleich hohe Zunahme zu erwarten sein.

### Höchste Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik

Dennoch war die Zahl der Arbeitslosen (jedenfalls bis zum Oktober) in jedem Monat dieses Jahres höher als 1984. Dieses Jahr 1985 brachte überhaupt die höchsten Arbeitslosenzahlen seit Bestehen der Bundesrepublik. Im Jahresdurchschnitt 1985 waren bei den Arbeitsämtern gut 2,3 Millionen Personen als arbeitslos registriert (Arbeitslosenquote: 9,4 Prozent). Das waren 35000 bis 40000 mehr als im Durchschnitt des Jahres 1984. Neben den 2,3 Millionen registrierten Arbeitslosen gibt es in der Bundesrepublik eine stille Arbeitsmarktreserve, die von dem - der Bundesanstalt für Arbeit angeschlossenen - Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung auf 1,1 bis 1,3 Millionen Personen geschätzt wird. Sie würden unter besseren Arbeitsmarktbedingungen eine Arbeit aufnehmen, lassen sich aber nicht bei den Arbeitsämtern registrieren, weil sie weder eine Arbeitslosenunterstützung erhalten noch meinen, Aussicht auf Arbeitsplatzvermittlung zu haben.

Allerdings dürften einige tausend von ihnen, hauptsächlich im konjunkturell begünstigten Süddeutschland, doch in diesem Jahr einen Arbeitsplatz gefunden haben. Diese Aktivierung von bisher „stillen Arbeitsmarktreservisten“ trägt zur Auflösung des Widerspruchs zwischen zunehmender Beschäftigung und noch stei-

1 „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1985“, u. a. im Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 24.10.1985.

2 Dieser Bericht wurde am 16. November 1985 abgeschlossen.

gender Arbeitslosigkeit bei. Vor allem aber liegt des Rätsels Lösung darin, daß die Schulabgängerjahrgänge überdurchschnittlich zahlreich sind; in diesem Jahr überstieg die Zahl derjenigen, die ins Berufsleben eintreten wollen, wiederum die Zahl der aus dem Arbeitsleben Ausscheidenden.

#### Starke Auslandsnachfrage

Die Beschäftigungszunahme ist zu einem großen Teil auf das sehr gute Exportgeschäft der Unternehmen zurückzuführen. Zwar ließ die vorher geradezu stürmische Auslandsnachfrage seit dem Frühjahr etwas nach, doch die Warenausfuhr wies während des ganzen Jahres noch Rekordzahlen auf; real lagen die Auslandsbestellungen in ihrer Zunahme immer noch über den Inlandsaufträgen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres übertraf die Warenausfuhr das vergleichbare Vorjahresergebnis mit nahezu 400 Mrd. DM um 13 Prozent; wird die Erhöhung der Ausführpreise berücksichtigt, ergibt sich eine reale Zunahme des Exports um 7 Prozent (bei einer Sozialproduktsteigerung von gut 2 Prozent in den ersten neun Monaten!).

Für das ganze Jahr 1985 wird ein Exportanstieg von real mindestens 8 Prozent erwartet. In der Handelsbilanz zeichnet sich ein Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von (nominal) 75 Mrd. DM ab (1984: 54 Mrd. DM). Zieht man hiervon ein Minus bei den Dienstleistungen (vor allem aus dem Reiseverkehr), den Kapitalübertragungen (Zahlungen an die EG und andere internationale Institutionen, Überweisungen von ausländischen Arbeitern, Geld- und Kapitalanlage von Inländern im Ausland usw.) ab, dann dürfte ein Überschuß in unserer außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz von etwa 35 Mrd. DM übrigbleiben (1984: 18 Mrd. DM). Dies ist ebenso wie der Überschuß im Warenverkehr ein Rekordergebnis.

#### Ausfuhrgeschäft läßt Investitionen ansteigen

Von den anderen großen Nachfrageströmen der Volkswirtschaft (Verbrauch und Investitionen) ist für 1985 nur bei den Ausrüstungsinvestitionen ein überdurchschnittliches Ergebnis festzustellen. Sie werden real um rund ein Zehntel höher sein als 1984. Dazu muß man allerdings wissen, daß im vergangenen Jahr gegenüber 1983 ein Rückgang um 0,5 Prozent hingenommen werden mußte. Dennoch bleibt selbstverständlich die starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen ein erfreuliches Ergebnis. Die Impulse für die rege Investitionstätigkeit „gingen vor allem vom Auslandsgeschäft aus“; diese Feststellung im Herbstgutachten der Institute ist wichtig für die Beurteilung der Bonner Wirtschaftspolitik. Hinter dem erfreulichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen verberge sich eine „sehr differenzierte Entwicklung“. Sie reiche „von einer fast doppelt so starken Steigerung im Verarbeitenden Gewerbe - mit noch höheren Raten in den von der Auslandsnachfrage begünstigten Zweigen - bis zu einem Rückgang im Baugewerbe und im Handel“.

### Krisenerscheinungen in der Bauwirtschaft

Damit sind wir bei den Stiefkindern der Wirtschaftspolitik der Regierung Kohl angelangt: den Bauinvestitionen und dem privaten Verbrauch. Die Lage in der Bauwirtschaft hat sich seit 1983 bis in dieses Jahr hinein krisenhaft zugespitzt. Die meisten Experten der Baukonjunktur rechnen allerdings damit, daß der Tiefpunkt der Krise 1985 erreicht und überschritten wurde. Immerhin sind in diesem Jahr die Bauinvestitionen, verglichen mit 1984, real um 8 Prozent zurückgegangen. Am stärksten ist der Wohnungsbau betroffen, der dem Volumen nach um 13 Prozent absank (bei einem Rückgang im Bauhauptgewerbe um rund 30 Prozent und im nachgelagerten Ausbaugewerbe um etwa 3 Prozent). Im Herbst lag das Niveau der Nachfrage nach Wohnbauten immer noch um etwa ein Viertel unter dem vom Vorjahr.<sup>3</sup>

Im Wirtschaftsbau wird für 1985 gegenüber 1984 mit einem Rückgang des Bauvolumens um rund 4 Prozent gerechnet. Am bedrückendsten ist allerdings der erneute Rückgang im öffentlichen Baubereich um 3 Prozent. Denn er zeigt, was von den Beteuerungen der politisch Verantwortlichen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei ihre Hauptaufgabe, zu halten ist, nämlich nichts. Er weist auch einen glatten Verstoß gegen den im nach wie vor geltenden Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 vom Gesetzgeber an die Regierung erteilten Auftrag nach, die öffentlichen Bauinvestitionen als Mittel zur Bekämpfung von rezessiven Nachfrage- und Beschäftigungsentwicklungen einzusetzen.

Im gesamten Baugewerbe ging die Zahl der Beschäftigten seit dem letzten Jahr um 120000, seit 1980 um etwa 320000 auf rund 1,74 Millionen zurück. Über ein Drittel des Beschäftigtenrückgangs (110000) ist nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung dem Ausfall öffentlicher Nachfrage zuzurechnen. Ein Drittel der Pleiten in dem neuen Pleitenrekordjahr 1985 entfallen auf das Baugewerbe. (In den ersten sieben Monaten 1985 wurden rund 15 Prozent mehr Betriebe zahlungsunfähig als ein Jahr zuvor.)

### Stiefkind privater Verbrauch

Erheblich zurück blieb 1985 wiederum die größte volkswirtschaftliche Nachfragekomponente: der private Verbrauch, der rund 55 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmacht. Er war nach den Berechnungen der fünf Institute 1985 real nur um 1,5 Prozent größer als 1984. In den ersten Monaten des Jahres stagnierte er sogar, seitdem belebte er sich. „Zum Teil handelt es sich dabei allerdings um das Nachholen der Käufe von Fahrzeugen, die wegen der Ungewißheit über die steuerliche Behandlung von schadstoffarmen Autos zurückgestellt worden waren, zum

---

<sup>3</sup> Siehe „Gesplaltene Baukonjunktur“, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 10.10.1985.

Teil aber wohl auch um eine zyklische Besserung des privaten Verbrauchs", heißt es im Herbstgutachten (DIW, S. 484). Vermutlich habe auch der Rückgang der Zinsen die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte gefördert.

Die Institute nehmen an, daß der private Verbrauch unter Berücksichtigung der Steigerung der Verbraucherpreise (um etwa 2,2 Prozent), nominal also, sich 1985 gegenüber 1984 um gut 3,5 Prozent ausweiten wird. Dies wird möglich, weil die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen überproportional um rund 6 Prozent, die Entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen um etwa 5,5 Prozent angestiegen sind. Die Lohn- und Gehaltssumme ist dagegen, obwohl die Beschäftigung leicht zugenommen hat, brutto nur um 4 Prozent und netto - infolge Steuerprogression und höherer Sozialabgaben - sogar nur um 2,5 Prozent gewachsen.

Reallöhne fielen auf Stand von 1976/77 zurück

Je Beschäftigten gerechnet war 1985 nach den Schätzungen der Institute die Lohn- und Gehaltssumme brutto um etwa 3 Prozent und netto um rund 1,8 Prozent höher als 1984. Das bedeutet für dieses Jahr einen erneuten Kaufkraftverlust der Löhne und Gehälter, da die Verbraucherpreise gleichzeitig um 2,2 Prozent angestiegen sind. Damit mußten die Arbeitnehmer 1985 im sechsten Jahr hintereinander einen Kaufkraftverlust, einen Rückgang ihres realen Arbeitseinkommens hinnehmen. Der durchschnittliche Reallohn ist auf das Niveau der Jahre 1976/77 zurückgefallen.

1985 gab es 470000 Arbeitslose mehr als 1982

Deutlicher noch als der Jahresvergleich 1984/85 zeigt ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik seit Oktober 1982, dem Zeitpunkt des Machtwechsels in Bonn, daß die konservative Bundesregierung ihr damals erklärtes Hauptziel, die Arbeitslosigkeit kräftig abzubauen, völlig verfehlt hat. Die Minister Blüm und Geißler hielten es damals für möglich, die Arbeitslosigkeit bis 1985 an oder unter die Millionenmarke zu bringen. Tatsächlich waren jedoch 1985 im Jahresdurchschnitt rund 470000 Arbeitslose *mehr* registriert als 1982. Selbst wenn die Septemberergebnisse von 1982 und 1985 verglichen werden, ergibt sich eine Zunahme von 330000 Personen. Umgekehrt war die Zahl der Beschäftigten 1985 um rund eine viertel Million niedriger als im Krisenjahr 1982, dies trotz des leichten Anstiegs der Beschäftigtenzahlen in diesem Jahr.

Dabei ist zu bedenken, daß sich die Weltwirtschaft 1982 im Tiefpunkt ihrer schwersten Krise in der Nachkriegszeit befand. Der Welthandel war gegenüber 1981 real um 2 Prozent geschrumpft. Die weltweite Krise mußte schlimme Auswirkungen auf ein Land haben, das so eng wie kein anderer großer Industriestaat mit

der Außenwirtschaft verflochten ist. Die Bundesrepublik hat einen Anteil der Ausfuhr des Bruttosozialprodukts von 35 Prozent, und sie ist das zweitgrößte Welthandelsland (hinter den USA, aber vor Japan).

Übrigens gehörte die Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre zu den Industriestaaten, die die weltweite Krise am besten bewältigten. Sie hatte hinter Japan die niedrigste Preissteigerungsrate, mit der geringsten Arbeitslosenquote; das Loch, das die zweite Ölpreisexplosion 1979 in die Leistungsbilanz gerissen hatte, konnte bis 1982 wieder geschlossen werden, und in der Verschuldung des Staates nahm die Bundesrepublik 1982 mit einem Anteil von 38 Prozent am Bruttosozialprodukt im internationalen Vergleich einen mittleren Platz ein; die Schuldenquote war nicht höher als die der stabilitätsbewußten Schweiz, aber erheblich niedriger als in den USA, in Großbritannien (jeweils 50 Prozent) und in Japan (48 Prozent). Es ist gut, sich hieran zu erinnern, um die Behauptungen der jetzigen Bundesregierung richtig einschätzen zu können, die Regierung Helmut Schmidt habe eine „katastrophale“ Wirtschaftspolitik betrieben und sie habe erst einmal den „ökonomischen Schutt“ beiseiteräumen müssen, damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze wieder möglich werde (Bundeskanzler Kohl am 16.10.1985). Diese fast schon zur Legende gewordene Unwahrheit hat eine Alibifunktion. Sie soll von den miserablen Ergebnissen der beschäftigungspolitischen Tatenlosigkeit der konservativ-liberalen Bonner Regierung ablenken.

#### Bundesregierung nutzte einzigartige Chance nicht

Tatsächlich haben Bundeskanzler Kohl und seine Regierung eine einzigartige Chance, die Massenarbeitslosigkeit kräftig abzubauen, nicht genutzt. Die Chance ergab sich aus der — von den USA initiierten — raschen Erholung der Weltwirtschaft. Seit 1982 hat sich der Welthandel bis 1985 real um rund 16 Prozent ausgeweitet. Davon hat die Bundesrepublik hervorragend profitiert; ihre Warenausfuhr nahm von 1982 bis 1985 real um 18 Prozent zu. Diese gute Entwicklung des Exports hätte binnenwirtschaftlich von einer aktiven Beschäftigungspolitik mit starker Anregung der Inlandsnachfrage, wie sie der DGB fordert, begleitet werden müssen.

Doch eine solche Politik lehnt die Bundesregierung bis heute ab. Sie setzt nach wie vor auf die „Selbsteilungskräfte“ des Marktes. Der Staat soll sich auf die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für die Unternehmen beschränken; dann würden die Unternehmen investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Nun sind die Rahmenbedingungen zur Zeit so günstig wie selten zuvor. Wir haben praktisch Preisstabilität, die Zinssätze sind erheblich gesunken (der durchschnittliche Kapitalmarktzins von 10,6 Prozent 1981 auf 6,3 Prozent im September 1985) die realen Lohnstückkosten ebenfalls, und die Unternehmen wurden steuerlich entlastet. Die Unternehmer und Kapitalbesitzer haben „ihre Regierung“. Die Gewinne

der Unternehmen (in der Definition der Bundesbank)<sup>4</sup> waren im ersten Halbjahr 1985 brutto um 37,5 Prozent höher als nur drei Jahre zuvor (1982) - netto betrug der Anstieg rund 40 Prozent! Wohlgermerkt: Dies sind keine Phantasiezahlen, es handelt sich vielmehr um Daten der Bundesbank. Zum Vergleich: Die Nettolohn- und -gehaltssumme erhöhte sich von 1982 bis 1985 um ganze 4,8 Prozent. Einseitiger kann die Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer kaum noch sein. Aber trotz der überaus günstigen Entwicklung für die Unternehmen war die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr so hoch wie nie zuvor in der Bundesrepublik.

#### Bonner Kürzungspolitik führte zu hohen Beschäftigungsverlusten

Dieses negative Ergebnis geht zu einem großen Teil auf das Konto der rigorosen Bonner Politik der Haushaltskürzungen. „Per Saldo war der finanzpolitische Restriktionskurs mit erheblichen Produktions- und Beschäftigungsverlusten in der Gesamtwirtschaft verbunden“, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 3.10.1985) festgestellt. In den Jahren 1983 bis 1985 hätten die unmittelbar Produktion und Beschäftigung einschränkenden Einflüsse dieser Politik jeweils 1 Prozent des Bruttosozialprodukts ausgemacht. Anders ausgedrückt: Bei einer Haushaltspolitik, die am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ausgerichtet gewesen wäre, hätte das Bruttosozialprodukt jeweils um 1 Prozent mehr wachsen können. In dieser Rechnung sind die mittelbaren, multiplikativen Wirkungen der Bonner Restriktionspolitik noch nicht berücksichtigt; der durch diese Politik entstandene Ausfall an Produktion und Beschäftigung ist also noch größer gewesen.

Besonders kraß war der Rückgang bei den öffentlichen Bauinvestitionen. In diesem Jahr sind sie preisbereinigt um nahezu 30 Prozent niedriger als 1980. Wären sie um den gleichen Prozentsatz gestiegen, hätte es keine krisenhafte Zuspitzung in der Bauwirtschaft gegeben.

#### Binnennachfrage wurde sträflich vernachlässigt

Die gesamten Bauinvestitionen lagen 1985 um 5,2 Prozent unter dem (realen) Niveau von 1982. Das Bruttosozialprodukt ist in der gleichen Zeit real um 6,6 Prozent gewachsen. Aber der größte Nachfragebereich, der private Verbrauch, der 55 Prozent des Sozialprodukts ausmacht, konnte sich von 1982 bis 1985 nur um 3 Prozent ausweiten. Der sogenannte „Letzte Verbrauch“ (privat und staatlich) und die Anlageinvestitionen zusammen stiegen real von 1982 bis 1985 um 3,2 Prozent an.

---

<sup>4</sup> Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, H. 10/1985, S. 15. Die Bundesbank ermittelt die „Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen“, indem sie von den amtlich ausgewiesenen „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ u. a. die Geldvermögenseinkommen des Staates und der privaten Haushalte (z. B. Zinsen) sowie die Einkommen der Wohnungswirtschaft, Banken, Sparkassen und Versicherungen abzieht. Zu dem so gewonnenen „Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen“ gehören auch die Einkommen der privaten Handels- und Dienstleistungsunternehmen.



Ihre Zuwachsrate war noch nicht einmal halb so groß wie die des Bruttosozialprodukts (6,6 Prozent).

Dieses Mißverhältnis ist Ausdruck einer schweren Vernachlässigung der Binnennachfrage durch die konservative Bundesregierung. Die wirtschaftliche Belebung ist fast ausschließlich dem guten Exportgeschäft zu verdanken (Zunahme der Warenausfuhr von 1982 bis 1985 real um knapp 18 Prozent). Ohne die starke Auslandsnachfrage hätten wir in der Bundesrepublik bei der beschäftigungspolitischen Tatenlosigkeit Bonns noch einige hunderttausend Arbeitslose mehr.

#### Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts

Die Weigerung der Regierung Kohl, aktive Beschäftigungspolitik zu betreiben und die Inlandsnachfrage kräftig zu fördern, hat auch zu einer erheblichen Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts geführt. Denn Überschüsse in der Außenhandelsbilanz von rund 75 Mrd. DM in diesem Jahr und voraussichtlich etwa 100 Mrd. DM 1986 beziehungsweise in der Leistungsbilanz von 35 Mrd. DM 1985 und etwa 50 Mrd. DM 1986 sind Fehlentwicklungen. Sie bedeuten, daß 1986 immerhin 5 Prozent unseres Bruttosozialprodukts, wenn man die Handelsbilanz nimmt, oder 2,5 Prozent, wenn mit der Leistungsbilanz verglichen wird, nicht im Inland verwendet werden. Helmut Schmidt hat kürzlich in einem „Zeit“-Artikel (am 1. 11. 1985) gefordert, „den naiven Stolz auf außenwirtschaftliche Überschüsse als das (zu) erkennen, was er ist: eine krasse Selbsttäuschung über angebliche Vorbildlichkeit“. Man mag die außenwirtschaftlichen Überschüsse zum Zeichen unserer Wettbewerbsfähigkeit hochjubeln, aber in Wahrheit seien sie „das Menetekel einer das Gleichgewicht verletzenden Finanzpolitik“.

Die Kehrseite hoher und dauerhafter Überschüsse in Handels- und Leistungsbilanz ist, daß Gefahren für den Welthandel entstehen können, von denen die Bundesrepublik mit ihrer starken Abhängigkeit vom Außenhandel besonders betroffen sein würde. Den Überschüssen bei uns stehen Defizite anderer Länder gegenüber, die diese auf die Dauer nicht hinnehmen werden. Einfuhrbeschränkungen und andere protektionistische Maßnahmen sind zu befürchten. Wir geraten in Gefahr, wie Japan heute, von Handelspartnern hart kritisiert und in die Rolle eines weltwirtschaftlichen Buhmanns gedrängt zu werden. Der Überschuß in der Leistungsbilanz Japans macht in diesem Jahr etwa 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts aus, die Bundesrepublik wird im nächsten Jahr einen Überschuß von 2,5 Prozent haben, wir folgen also Japan mit schnellem Schritt.

Helmut Schmidt spricht sich für eine finanzpolitische Kurskorrektur aus, die im Effekt unsere außenwirtschaftlichen Überschüsse halbiert. Die Binnennachfrage müsse gestärkt werden, investive Programme, Steuersenkungen und ein deutlicher Anstieg der Nettoeallöhne - „stärker als das Bruttosozialprodukt“ - seien Mittel zur Stärkung.

### Dynamischer deutscher Beitrag zur Stärkung der Weltkonjunktur überfällig

Gerade weil sich die Bundesrepublik eines im ganzen glänzenden Exportgeschäfts erfreut, hätte die Bundesregierung, jedenfalls ab 1984, Binnennachfrage und Beschäftigung aktiv fördern müssen. Von 1983 bis 1985, also innerhalb von zwei Jahren, ist unsere Ausfuhr in die USA um rund 70 Prozent gestiegen. Die Bundesrepublik hat also in besonderem Maße von der expansiven amerikanischen Wirtschaftspolitik profitiert. Es wäre sicherlich für die Weltwirtschaft und für unsere Wirtschaft besser gewesen, wenn die Bundesrepublik, gemeinsam mit anderen Industriestaaten, die Belebung und Stützung der Konjunktur in der westlichen Welt nicht allein den USA überlassen, sondern durch eine expansive Politik dazu beigetragen hätte, daß es in Westeuropa zu einem ähnlich kräftigen Wirtschaftsaufschwung wie in den USA gekommen wäre. So blieb „das konjunkturelle Wechselspiel aus, bei dem die weltwirtschaftliche Expansion an Breite gewonnen hätte und die voraneilende Volkswirtschaft (USA) durch das Aufschließen anderer Länder vor hartnäckigen Außenwirtschaftsschwierigkeiten bewahrt worden wäre".<sup>5</sup> Unzureichende konjunkturpolitische Abstimmung zwischen den großen westlichen Industriestaaten und eine restriktive Wirtschaftspolitik in Westeuropa haben bei uns und in anderen westeuropäischen Ländern ein befriedigendes Wirtschaftswachstum verhindert.

#### Blick auf das Jahr 1986

Im neuen Jahr 1986 wird sich die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik fortsetzen. „Eine nennenswerte Änderung des Tempos zeichnet sich nicht ab“, sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten voraus. Weiter heißt es dort (DIW, S. 485): „Die Aufschwungkräfte werden sich weiter von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern. Dies spiegelt insbesondere die Belebung des privaten Verbrauchs wider, der erstmals seit Beginn der achtziger Jahre wieder relativ kräftig steigen wird. Hinzu kommt, daß sich der Rückgang der Bautätigkeit nicht fortsetzt. Die Investitionstätigkeit der Wirtschaft wird zwar mehr als die anderen Aktivitäten zunehmen. Für eine Verstärkung und Verbreiterung der Investitionskonjunktur gibt es bisher indes nur wenige Anzeichen. Da die weltwirtschaftlichen Risiken wieder größer geworden sind, ist eine neue Beeinträchtigung des Investitionsklmas nicht auszuschließen.“

#### 2<sup>1/4</sup> Million registrierte Arbeitslose

Die Institute erwarten, daß das reale Bruttosozialprodukt 1986 um rund 3 Prozent ansteigen wird. Dabei ist allerdings die Stagnation in den Wintermonaten

---

<sup>5</sup> Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 27.6.1985, S. 293; siehe auch den Bericht des DIW vom 19. 9.1985.

1985 zu bedenken; dadurch wird 1986 die Zuwachsrate etwas überhöht. Die Produktivität nimmt in dieser Prognose, ebenso wie 1985, um 2,5 Prozent zu, die tägliche Arbeitszeit um ein halbes Prozent ab (Arbeitszeitverkürzung!). Es wird mit einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 200000 gerechnet. Jedoch wird die Arbeitslosigkeit nur um rund 50000 auf 2,25 Millionen abnehmen.

Trotz ausgezeichneter Rahmenbedingungen - u. a. sehr gute Erträge, verbesserte Abschreibungsbestimmungen, niedrigere Zinsen und bessere Absatzerwartungen im Inland - wird das Anstiegstempo der Ausrüstungsinvestitionen „weiterhin deutlich geringer als in früheren Aufschwungsphasen sein“. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 6 Prozent.

#### Bauinvestitionen steigen 1986 wieder

Im Verlauf des Jahres 1986 werden die Bauinvestitionen wieder etwas steigen. Dabei wird sich auswirken, daß die öffentlichen Bauinvestitionen, wie die Institute annehmen, „nennenswert höher“ sein werden als in diesem Jahr, in dem sie allerdings niedriger als 1984 waren. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für 1986 eine Zunahme der öffentlichen Bauinvestitionen um 3,8 Prozent - real etwa 2 Prozent - vorausgeschätzt.

Wenn nunmehr erstmals seit Jahren eine Zunahme der öffentlichen Bauinvestitionen zu erwarten ist, dann wird dies auch die Folge einer Verstärkung der Bundes- und Landesmittel für Stadterneuerungen sowie der zinsgünstigen Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau und aus dem ERP-Fonds zur Förderung kommunaler Investitionen sein. Sie beruht auf Regierungsbeschlüssen, die unter dem Eindruck der schweren Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen gefaßt worden sind. Von diesem Schritt in die richtige Richtung erwartet das Wohnungsbauministerium die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Sicherung von 120000 bis 180000 Arbeitsplätzen. Damit wird den Behauptungen der eigenen Regierung, Beschäftigungsprogramme hätten keine Beschäftigungswirkungen, widersprochen.

#### Bonn widerspricht sich: Beschäftigungspolitik kann doch Erfolg haben

Es bleibt das Geheimnis der Regierung Kohl, warum solche - freilich längst nicht ausreichenden - Maßnahmen Arbeitsplätze sichern oder schaffen sollen, die vom DGB geforderten Beschäftigungsprogramme aber nicht. Oder warum von einer allgemeinen Steuersenkung mit einem Volumen von rund 10 Mrd. DM belebende und beschäftigungswirksame Effekte ausgehen sollen, von gezielten, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichteten Investitionsprogrammen aber nicht.

Von den am 1. Januar 1986 in Kraft tretenden Steuersenkungen werden belebende Wirkungen auf den privaten Verbrauch ausgehen. Im Herbstgutachten wird geschätzt, daß die Lohn- und Gehaltssumme 1986 gegenüber 1985 brutto um 4,5 Prozent, netto aber wegen der Steuerentlastung um 5 Prozent ansteigen wird; sonst würde der Nettoanstieg hauptsächlich als Folge der Steuerprogression geringer als der Bruttoanstieg ausfallen. Auch die Renten werden etwas stärker wachsen als 1985 und die entnommenen Gewinne ebenfalls. Daraus ergibt sich nach der Voraussage der Wirtschaftsforscher eine Zunahme des privaten Verbrauchs im nächsten Jahr gegenüber 1985 um nominal 5 Prozent und real 3 Prozent.

#### Gewinne wachsen erneut viel schneller als Löhne

Behalten die Institute recht, dann werden die Reallöhne 1986 erstmals seit 1979 - leicht - steigen. Denn bei den durchschnittlichen Nettolöhnen und -gehältern wird eine Erhöhung von rund 4 Prozent angenommen, bei den Verbraucherpreisen eine Steigerung von 2 Prozent, so daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter um nahezu 2 Prozent wachsen würde. Damit wäre allerdings noch nicht einmal das Niveau des Jahres 1978 wieder erreicht.

Die Gewinne werden 1986 wiederum erheblich stärker wachsen als die Arbeitseinkommen. Im Herbstgutachten wird ein Zuwachs der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von brutto 9,5 Prozent und netto sogar von 10,5 Prozent angenommen. Sie wachsen damit doppelt so schnell wie die Löhne und Gehälter.

